



Merkblatt Kurzarbeitsentschädigung

Aufgrund der um sich greifenden Ausbreitung des Coronavirus drängt sich bei vielen Podologen und Podologinnen die Frage auf, was sie machen können, wenn die Patienten und Patientinnen aus Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus einer Behandlung fernbleiben oder wenn der Bund oder die Kantone auch Podologiepraxen schliessen lassen. Wer kommt für die Umsatzeinbussen auf? Müssen Angestellte entlassen werden, wenn deren Löhne nicht mehr bezahlt werden können? Existiert eine Möglichkeit, wie die Zeit finanziell überbrückt werden kann?

Leider deckt die Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung, wie sie die meisten Podologen und Podologinnen mit einer eigenen Praxis oder einer selbständigen Tätigkeit abgeschlossen haben, lediglich Betriebsausfälle, welche durch die vertraglich vereinbarten Risiken wie Feuer-, Elementar- und Wasserschäden entstehen. Betriebsausfälle aufgrund behördlich angeordneter Massnahmen/Vorschriften wie im Falle des Coronavirus werden in der Regel nicht von diesen Versicherungen gedeckt. Somit verfügen leider zum jetzigen Zeitpunkt viele über keine Versicherung, welche für allfällige Umsatzeinbussen aufkommen würde.

Podologen und Podologinnen, welche eine eigene Praxis führen und Angestellte beschäftigen, können prüfen lassen, ob sie allenfalls **Kurzarbeit** anmelden können. Was die Kurzarbeit im Wesentlichen ist, wer Anspruch auf diese hat und wie diese geltend gemacht werden kann, wird nachfolgend erläutert.

1. Zweck

Als Kurzarbeit bezeichnet man die vorübergehende Reduzierung oder vollständige Einstellung der Arbeit in einem Betrieb, wobei die arbeitsrechtlichen Vertragsbeziehungen aufrecht erhalten bleiben. Die Kurzarbeit ist in der Regel wirtschaftlich bedingt. Als Kurzarbeit gelten auch Arbeitsausfälle, die auf behördliche Massnahmen oder andere, vom Arbeitgeber/von der Arbeitgeberin nicht zu vertretende Umstände zurückzuführen sind.

Die Einführung von Kurzarbeit soll vorübergehende Beschäftigungseinbrüche ausgleichen und die Arbeitsplätze erhalten. Mit der Kurzarbeitsentschädigung bietet die Arbeitslosenversicherung dem Arbeitgeber/der Arbeitgeberin eine Alternative zu drohenden Entlassungen. Der Arbeitgeber kann dadurch die Kosten einer allfälligen Personalfluktuations sparen und behält sich die kurzfristige Verfügbarkeit der Arbeitskräfte vor. Die Arbeitnehmenden haben den Vorteil, dass sie nicht arbeitslos werden und weiterhin die Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden.

2. Welche Arbeitsausfälle fallen nicht unter die Kurzarbeit?

Nicht unter die Kurzarbeit fallen Arbeitsausfälle, die nicht vorübergehend sind, Arbeitsplätze nicht erhalten, durch betriebsorganisatorische Massnahmen zum Betriebsrisiko des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin gehören, durch branchen-, berufs- und betriebsübliche oder durch saisonale Beschäftigungsschwankungen verursacht werden oder die durch Feiertage oder Betriebsferien entstehen.

3. Wer ist anspruchsberechtigt?

Der Anspruch ist vom Arbeitgeber/der Arbeitgeberin für seine Arbeitnehmer geltend zu machen. Der Anspruch kann für alle Arbeitnehmenden geltend gemacht werden, welche bei der Arbeitslosenkasse beitragspflichtig sind oder welche die obligatorische Schulzeit zurückgelegt, aber das AHV-Rentalter noch nicht erreicht haben.

Ausserdem sind gemäss Weisung des Bundesrates vom 20. März 2020 neu auch folgende Personen anspruchsberechtigt:

- Angestellte in befristeten Arbeitsverhältnissen
- Temporäre Arbeitnehmer
- Lernende
- Arbeitgeberähnliche Angestellte: Als arbeitgeberähnliche Angestellte gelten z.B. Gesellschafter einer GmbH, welche als Angestellte gegen Entlohnung im Betrieb arbeiten und die Entscheidungen des Arbeitgebers mitbestimmen oder massgeblich beeinflussen.
- Mitarbeitende Ehegatten oder eingetragene Partner/innen: Personen, die im Betrieb des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners mitarbeiten, können nun auch von Kurzarbeitsentschädigungen profitieren. Sie sollen eine Pauschale von 3320.- Franken als Kurzarbeitsentschädigung für eine Vollzeitstelle geltend machen können.

4. Wer ist nicht anspruchsberechtigt?

Selbständig erwerbende Personen unterstehen nicht dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und können daher für sich keinen Antrag auf Kurzarbeitsentschädigung stellen. Zudem haben Arbeitnehmende, welche in einem gekündigten Anstellungsverhältnis stehen (egal wer die Kündigung ausgesprochen hat) keinen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung. Hier schuldet der Arbeitgeber bis Vertragsende den vollen Lohn. Kann der Arbeitgeber aufgrund der momentanen Umstände keine Arbeit anbieten, ist trotzdem der volle Lohn aus Verzug geschuldet (Art. 324 OR).

5. Was gilt, wenn ich als Arbeitnehmer nicht einverstanden bin?

Dem Arbeitnehmenden steht das Recht zu, die Kurzarbeit abzulehnen. Der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin muss diesem Arbeitnehmenden weiterhin den Lohn gemäss Arbeitsvertrag ausbezahlen. Der Arbeitgeber ist aber allenfalls berechtigt, die ordentliche Kündigung auszusprechen. Aufgrund der momentanen Lage wurden die Voraussetzungen für Kurzarbeit aber vereinfacht. Deshalb ist für die Anmeldung für Kurzarbeitsentschädigung nicht mehr die schriftliche Zustimmung jedes einzelnen Mitarbeiters einzuholen, sondern der Arbeitgeber hat lediglich zu bestätigen, dass sämtliche Mitarbeiter des Betriebs mit Kurzarbeit einverstanden sind.

6. Wird ein Mindestausfall an Arbeitsstunden vorausgesetzt?

Ein Arbeitsausfall ist erst anrechenbar, wenn er je Abrechnungsperiode mindestens 10% der Arbeitsstunden ausmacht, die von den Arbeitnehmenden des Betriebes insgesamt geleistet werden.

7. Wie lange wird Kurzarbeitsentschädigung ausgerichtet?

Kurzarbeitsentschädigung wird innerhalb von 2 Jahren während höchstens 12 Abrechnungsperioden (= Monaten) ausgerichtet. Ist der Arbeitsausfall grösser als 85%, dann wird längstens für 4 Monate Kurzarbeitsentschädigung ausgerichtet.

8. Vorgehen

a. Voranmeldung

Der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin muss die geplante Kurzarbeit vor Beginn der beabsichtigten Inanspruchnahme der Entschädigung schriftlich bei der kantonalen Amtsstelle anmelden. Die Anmeldefrist wurde neu auf 3 Tage verkürzt. Zuständig ist die kantonale Amtsstelle (KAST) jenes Kantons, in welchem der Betriebsort liegt bzw. der Betrieb seinen Sitz hat. Die Amtsstelle prüft dann, ob die Voraussetzungen für die Ausrichtung von Kurzarbeitsentschädigung erfüllt sind.

Informieren Sie sich betreffend die Anmeldemodalitäten bei der zuständigen kantonalen Amtsstelle. Das Formular «Voranmeldung Kurzarbeit» muss im Falle der Kurzarbeit aufgrund des Coronavirus nicht vollständig ausgefüllt werden. Ebenso ist das Formular «Zustimmung Kurzarbeit» nicht erforderlich.

b. Anspruchsstellung

Sofern die kantonale Amtsstelle die Kurzarbeit bewilligt, muss der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin jeweils für die einzelnen Abrechnungsperioden bei der Arbeitslosenkasse einen Antrag auf Kurzarbeitsentschädigung einreichen. Die Arbeitslosenkasse überprüft dann die Anspruchsvoraussetzungen im Detail und vergütet anschliessend die Kurzarbeitsentschädigung dem Arbeitgeber/der Arbeitgeberin.

Für von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmende muss eine betriebliche Arbeitszeitkontrolle (z.B. Stempelkarten, Stundenrapporte) geführt werden, welche täglich über die geleisteten Arbeitsstunden inkl. allfälliger Mehrstunden, die wirtschaftlich bedingten Ausfallstunden sowie über sämtlichen übrigen Absenzen wie z.B. Ferien-, Krankheits-, Unfall- oder Militärdienstabwesenheiten Auskunft gibt. Notwendige medizinische Behandlung sowie die Behandlung von Risikopatienten und Notfällen sind entsprechend zu erfassen / aufzuschreiben und Ende Abrechnungsperiode einzureichen. Der Arbeitgebende muss den Entschädigungsanspruch der Arbeitnehmenden nach Ablauf jeder Abrechnungsperiode rasch möglichst mit den erforderlichen Abrechnungsunterlagen bei der gewählten Arbeitslosenkasse geltend machen. Unter anderem ist das Formular "Rapport über die wirtschaftlich bedingten Ausfallstunden" beizulegen; das Total der monatlichen Ausfallstunden ist von jedem Arbeitnehmenden mit Unterschrift bestätigen zu lassen. Welche weiteren Formulare allenfalls beigelegt werden müssen, kann unterschiedlich sein. Eine Auflistung der möglichen Formulare finden Sie im Dokument Kurzarbeitsentschädigung, dieses ist bei arbeit.swiss aufgeschaltet.

Der Entschädigungsanspruch ist innert 3 Monate nach Beendigung jeder Abrechnungsperiode bei der gewählten Arbeitslosenkasse geltend zu machen. Dies gilt auch dann, wenn der Entscheid der kantonalen Amtsstelle für die Bewilligung der Kurzarbeit noch hängig ist.

9. Welche zusätzlichen Pflichten hat der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin bei der Bewilligung der Kurzarbeit?

Der Arbeitgeber muss den von der Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmenden 80% des Verdienstaufalles am ordentlichen Lohnzahlungstermin ausrichten. Dieser umfasst den vertraglich vereinbarten Lohn wie auch die vertraglich regelmässig vereinbarten Zulagen. Die einst bereits gesenkte Karenzfrist von einem Tag wurde nun am 20. März 2020 ganz aufgehoben. Damit entfällt die Beteiligung des Arbeitgebers an den Arbeitsausfällen vom ersten Tag an. Der Arbeitgeber muss die vollen gesetzlichen und vertraglich vereinbarten Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO/ALV, Unfallversicherung, Familienausgleichskasse, berufliche Vorsorge etc.) bezahlen. Er ist dabei berechtigt, die vollen Beitragsanteile der Arbeitnehmenden von dessen Lohn abzuziehen.

Ausserdem hat der Bundesrat am 20. März 2020 entschieden, dass die Arbeitnehmer neu nicht mehr zuerst ihre Überstunden abbauen müssen, bevor sie von Kurzarbeitsentschädigungen profitieren können.

Information über das gesamte Massnahmenpaket des Bundesrates finden Sie [hier](#).